

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Digitales (23. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Barbara Lenk, Eugen Schmidt, Edgar Naujok,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6191 –**

Data Act – Zur Modernisierung der deutschen Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft

A. Problem

Die Fraktion der AfD stellt fest, in der heutigen digitalen Welt werde es zunehmend schwerer, bei der Kommunikation, der Produktion, der Mobilität und beim Konsum keine maschinenlesbaren Daten zu generieren; dies gelte für Unternehmen wie Verbraucher gleichermaßen. Die zunehmende Vernetzung digitaler Endgeräte bei gleichzeitigem Ausbau einer digitalen Infrastruktur habe zu einer bisher nicht gesehenen Menge maschinenlesbarer Daten geführt, die weitgehend auf den Servern einiger weniger Technologie-Unternehmen lägen, welche diese speicherten, verknüpften, analysierten und monetarisierten.

Aus Sicht der EU-Kommission sei von entscheidender Bedeutung, das Potenzial bereits bestehender und künftig generierter Daten freizusetzen, indem „Möglichkeiten für die Weiterverwendung von Daten geschaffen und Hindernisse für die Entwicklung der europäischen Datenwirtschaft (...) beseitigt werden“. Zu diesem Zweck habe die EU-Kommission einen Entwurf für eine Verordnung vorgelegt, den sogenannten „Data Act“.

Ein wirksamer Regulierungsprozess für die grenzüberschreitende Datenwirtschaft sei überfällig. Dieser müsse zwingend den bestehenden Mangel an Vertrauen zum Austausch sensibler Daten, etwa im Gesundheitswesen, sowie die unzureichende technische Interoperabilität von Dateninfrastrukturen adressieren. Die Beteiligung deutscher Experten an internationalen Standardisierungsverfahren sei dafür von wesentlicher Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere dazu auffordern, die Verhandlungen über das geplante Datengesetz im Europäischen Rat zum Anlass zu nehmen, die selbst geschaffenen immensen Defizite bei der Digitalisierung der Wirtschaft, der Verwaltung und der Gesellschaft zu überwinden und damit Deutschland wettbewerbsfähig, infrastrukturell sicher und datenschutzkonform zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6191 abzulehnen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Der Ausschuss für Digitales

Tabea Rößner
Vorsitzende

Anna Kassautzki
Berichterstatterin

Franziska Hoppermann
Berichterstatterin

Tobias B. Bacherle
Berichterstatter

Dr. Volker Redder
Berichterstatter

Barbara Lenk
Berichterstatterin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anna Kassautzki, Franziska Hoppermann, Tobias B. Bacherle, Dr. Volker Redder, Barbara Lenk und Anke Domscheit-Berg

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6191** in seiner 95. Sitzung am 31. März 2023 beraten und an den Ausschuss für Digitales zur federführenden Beratung sowie an den Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/6191 in seiner 49. Sitzung am 14. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Digitales** hat in seiner 40. Sitzung am 14. Juni 2023 die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6191 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen.

Berlin, den 14. Juni 2023

Anna Kassautzki
Berichterstatlerin

Franziska Hoppermann
Berichterstatlerin

Tobias B. Bacherle
Berichterstatler

Dr. Volker Redder
Berichterstatler

Barbara Lenk
Berichterstatlerin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstatlerin